

Insolvenzen in Deutschland



 Jahr 2014

Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2014	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	6
	Exkurs: Zur Problematik der Insolvenzanfechtung	7
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	9
1.4	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	10
1.5	Insolvenzen nach Rechtsformen	13
1.6	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	14
1.7	Großinsolvenzen	18
2	Zusammenfassung	22

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2014

Das konjunkturelle Umfeld in Deutschland trübt sich ein – zumindest sind die Geschäftserwartungen der Unternehmen seit dem Sommer erheblich zurückhaltender geworden, wie beispielsweise der ifo-Konjunkturtest beweist. Auch wird ein möglicher Wirtschaftsabschwung in den Medien bereits vorhergesagt.

Noch haben die verschlechterten Stimmungsindikatoren aber nicht auf die realen Wirtschaftsdaten durchgeschlagen. Die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik blieb im dritten Quartal weitgehend stabil (BIP: + 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal). Auch die Insolvenzentwicklung der zurückliegenden zwölf Monate zeigt keine Anzeichen einer Krise. Sowohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (- 8,9 Prozent) als auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (- 4,9 Prozent) ist 2014 noch einmal deutlich zurückgegangen.

Insolvenzzahlen sinken auf breiter Front

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamt- Insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2005	136.570 + 15,5%	36.850 - 6,2%	68.900 + 40,3%	30.820 + 3,1%
2006	161.320 + 18,1%	34.040 - 7,6%	96.500 + 40,1%	30.780 - 0,1%
2007	164.750 + 2,1%	29.150 - 14,4%	105.300 + 9,1%	30.300 - 1,6%
2008	155.910 - 5,4%	29.580 + 1,5%	98.450 - 6,5%	27.880 - 8,0%
2009	162.870 + 4,5%	32.930 + 11,3%	100.790 + 2,4%	29.150 + 4,6%
2010	169.840 + 4,3%	32.060 - 2,6%	109.960 + 9,1%	27.820 - 4,6%
2011	159.580 - 6,0%	30.120 - 6,1%	103.250 - 6,1%	26.210 - 5,8%
2012	150.810 - 5,5%	28.720 - 4,6%	98.050 - 5,0%	24.040 - 8,3%
2013	141.590 - 6,1%	26.120 - 9,1%	91.360 - 6,8%	24.110 + 0,3%
2014 *)	135.300 - 4,4%	23.800 - 8,9%	86.900 - 4,9%	24.600 + 2,0%

*) von Creditreform geschätzt

So waren insgesamt 23.800 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, nachdem im Vorjahr noch 26.120 Fälle registriert worden waren. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte damit den niedrigsten Stand seit der Einführung der Insolvenzordnung (InsO)

So wenige Unternehmensinsolvenzen wie seit 15 Jahren nicht

im Jahr 1999. Ursache für den erneuten Rückgang – es war der fünfte in Folge – war die anhaltend gefestigte konjunkturelle Lage sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen. Die sich in den letzten Monaten verdichtenden Konjunkturrisiken im Umfeld, wie beispielsweise der noch ungelöste Konflikt in der Ukraine und auch die nach wie vor wackelige Konjunktur vieler Volkswirtschaften im Euro-Raum blieben in ihren negativen Auswirkungen für die Breite der deutschen Unternehmen offensichtlich noch ohne Folgen.

Zuletzt war hierzulande im Jahr 2009 ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen (+ 11,3 Prozent auf 32.930 Fälle) registriert worden. Damals hatte die Bundesrepublik mit einer Rezession infolge der Finanzkrise zu kämpfen. Die nachfolgenden Jahre waren von einem kräftigen Aufschwung- und Erholungsprozess bestimmt, in dessen Folge die Insolvenzzahlen in Deutschland deutlich abnahmen.

Gute Rahmenbedingungen auch für Verbraucher

Positives lässt sich auch für die Verbraucherinsolvenzen berichten. Im Zuge der guten Wirtschaftslage verzeichnete Deutschland ein sogenanntes Job-Wunder. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank deutlich und die Beschäftigung stieg auf ein Allzeithoch. Vielerorts machte bereits die Sorge von einem Fachkräftemangel die Runde. Höhere Tarifabschlüsse, steigende Realeinkommen und Renten stabilisierten bei niedrigen Inflationsraten die finanzielle Lage der Verbraucher.

Infolge dieser günstigen Bedingungen gab es einen neuerlichen Rückgang der Verbraucherinsolvenzen. 2014 waren noch 86.900 Fälle zu verzeichnen (Vorjahr: 91.360). Zuletzt war 2005 eine geringere Zahl gemessen worden. Gegenüber dem bisherigen Höchststand im Jahr 2010 mit fast 110.000 Fällen entspricht der aktuelle Wert einem Rückgang um gut ein Fünftel. Allerdings bleibt die Überschuldungssituation der Deutschen kritisch, wie der Creditreform SchuldnerAtlas 2014 zeigte. Insbesondere die Zahl der Personen mit einer sogenannten hohen Überschuldungsintensität, die bereits mehrere harte Überschuldungs-

merkmale aufweisen, nimmt zu, so dass auch perspektivisch mit einer hohen Zahl an Verbraucherinsolvenzen zu rechnen sein wird. Eine Entschuldung mittels eines Insolvenzverfahrens dürfte für viele der einzige Ausweg bleiben.

Die seit Mitte dieses Jahres gegebene Möglichkeit, von einer frühzeitigen Restschuldbefreiung Gebrauch zu machen (2. Stufe der Insolvenzrechtsreform), hat in dieser kurzen Frist naturgemäß bisher kaum Auswirkungen auf das Verbraucherinsolvenzgeschehen. So dürften einige Betroffene noch die alte Rechtslage genutzt haben, für andere war es dagegen vorteilhafter, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mit dem Insolvenzantrag bis zum Sommer zu warten. Erste Erfahrungen darüber, ob es beispielsweise einen Run in das Insolvenzverfahren gibt, sind frühestens im kommenden Jahr zu erwarten. Zudem sind die Bedingungen für die Erlangung einer frühzeitigen Schuldenfreiheit nicht ohne weiteres zu erfüllen und auch die neue Rechtslage ist beratungsintensiv.

Getrübt wird die positive Insolvenzentwicklung im Jahr 2014 von einem Anstieg der sonstigen Insolvenzen (+ 2,0 Prozent). Hinter den 24.600 Fällen verbergen sich viele Insolvenzen, die mit einer früheren unternehmerischen Tätigkeit der Betroffenen zusammenhängen und meist dadurch ausgelöst wurden. Beispielsweise sind hier Verbindlichkeiten aus dem Kauf der Geschäftsausstattung oder aus der Anmietung von Büroräumen aufgelaufen, die nicht mehr bedient werden können. Teils werden diese Fälle durch ein vereinfachtes Insolvenzverfahren analog einer Verbraucherinsolvenz abgewickelt. Bei einer Vielzahl an Insolvenzgläubigern bleibt aber meist nur der Weg über ein normales Regelinsolvenzverfahren. Dabei ist der vereinfachte Verfahrensweg versagt, wenn beispielsweise Forderungen von ehemals beschäftigten Arbeitnehmern bestehen oder die Vermögensverhältnisse unübersichtlich sind (mehr als 20 Gläubiger).

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass immer mehr Fälle, die durch eine ehemalige unternehmerische Tätigkeit ausgelöst wurden, mittlerweile über ein

Reform des Insolvenzrechts noch ohne erkennbare Auswirkungen

Insolvenzen durch ehemalige Selbstständigkeit

vereinfachtes Insolvenzverfahren abgewickelt werden. Das aktuelle Plus lässt sich möglicherweise mit den Änderungen im Insolvenzrecht in Verbindung bringen, die für ehemals Selbstständige u. U. ungünstiger sind als die alte Rechtslage (Stichwort: Steuernachforderungen).

Viele Insolvenzen aus einer früheren gewerblichen Tätigkeit, die über ein vereinfachtes Verfahren abgewickelt werden, lassen sich, wenn auch nicht periodengerecht – sie liegen teilweise Jahre zurück –, doch zumindest ähnlich einem Verbraucherinsolvenzverfahren sehen. Eine Unterscheidung ist für Außenstehende hierbei oft schwierig. Der Großteil der Insolvenzen, die sich auf eine frühere Selbstständigkeit zurückführen lassen, wird aber nach wie vor wie eine Unternehmensinsolvenz als Regelverfahren durchgeführt. Die Größenordnung dieser Fälle liegt etwa bei der Hälfte aller (echten) Unternehmensinsolvenzen.

„Billiges Geld“ und ...

Die Gesamtzahl aller Insolvenzfälle in Deutschland war mit 135.300 insgesamt rückläufig (Vorjahr: 141.590; - 4,4 Prozent). Dabei befördern die günstigen Finanzierungsbedingungen die aktuell positiven Entwicklungen vor allem bei den Unternehmensinsolvenzen. Sowohl für die Fremdfinanzierung, etwa mittels eines Bankkredits oder Leasingvertrages, als auch für die Innenfinanzierung beispielsweise über Erträge waren die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter günstig. Insbesondere blieben die langfristigen Zinsen für Unternehmenskredite, die insbesondere für Investitionen entscheidend sind, laut den Bundesbankstatistiken historisch niedrig.

... stabile Konjunktur

Immerhin hielt sich die Konjunktur bis zum Frühjahr 2014 noch stabil und sorgte für eine gute Umsatz- und Ertragsentwicklung der Unternehmen. Deutlich wird dies beispielsweise in der regelmäßigen Berichterstattung über die Wirtschaftslage des deutschen Mittelstandes. Noch in der Creditreform Herbstumfrage 2014 meldete jedes vierte Unternehmen (25,0 Prozent) eine Ertragssteigerung und gut jedes dritte Unternehmen (35,2 Prozent) verbuchte ein Umsatzplus. Auch die Eigenkapitalsituation verbesserte sich weiter.

Mittlerweile liegt die Eigenkapitalquote bei drei von zehn Unternehmen (29,6 Prozent) über der Marke von 30 Prozent, was eine solide Eigenkapitalausstattung darstellt. Noch nie in den zurückliegenden zehn Jahren wurde ein höherer Anteil gemessen. Zudem sind größere Zahlungsausfälle, die die Rücklagen belasten, selten gewesen. Folgeinsolvenzen konnten so vermieden werden.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2005	103.640 + 14,3%	28.020 - 6,8%	53.810 + 28,7%	21.810 + 16,1%
2006	122.480 + 18,2%	26.890 - 4,0%	72.290 + 34,3%	23.300 + 6,8%
2007	125.100 + 2,1%	23.250 - 13,5%	80.010 + 10,7%	21.840 - 6,3%
2008	121.420 - 2,9%	23.690 + 1,9%	77.310 - 3,4%	20.420 - 6,5%
2009	127.360 + 4,9%	26.670 + 12,6%	79.320 + 2,6%	21.370 + 4,7%
2010	134.080 + 5,3%	26.190 - 1,8%	87.280 + 10,0%	20.610 - 3,6%
2011	126.440 - 5,7%	24.840 - 5,2%	82.270 - 5,7%	19.330 - 6,2%
2012	119.890 - 5,2%	23.960 - 3,5%	77.960 - 5,2%	17.970 - 7,0%
2013	112.260 - 6,4%	21.530 - 10,1%	72.250 - 7,3%	18.480 + 2,8%
2014 *)	107.400 - 4,3%	19.600 - 9,0%	68.700 - 4,9%	19.100 + 3,4%

*) von Creditreform geschätzt

Die Insolvenzentwicklung in Ost- und Westdeutschland verlief im Jahr 25 nach dem Mauerfall weitgehend parallel. Einzig bei den sonstigen Insolvenzen war in Westdeutschland ein Anstieg zu verzeichnen (+ 3,4 Prozent), während es in Ostdeutschland einen Rückgang (- 2,3 Prozent) gab. Allerdings gibt es weiterhin Strukturunterschiede, die sich beispielsweise in einer leicht höheren Insolvenzquote der ostdeutschen Verbraucher äußern.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2005	32.930 + 19,4%	8.830 - 3,9%	15.090 + 107,3%	9.010 - 18,9%
2006	38.840 + 17,9%	7.150 - 19,0%	24.210 + 60,4%	7.480 - 17,0%
2007	39.650 + 2,1%	5.900 - 17,5%	25.290 + 4,5%	8.460 + 13,1%
2008	34.490 - 13,0%	5.890 - 0,2%	21.140 - 16,4%	7.460 - 11,8%
2009	35.510 + 3,0%	6.260 + 6,3%	21.470 + 1,6%	7.780 + 4,3%
2010	35.760 + 0,7%	5.870 - 6,2%	22.680 + 5,6%	7.210 - 7,3%
2011	33.140 - 7,3%	5.280 - 10,1%	20.980 - 7,5%	6.880 - 4,6%
2012	30.920 - 6,7%	4.760 - 9,8%	20.090 - 4,2%	6.070 - 11,8%
2013	29.330 - 5,1%	4.590 - 3,6%	19.110 - 4,9%	5.630 - 7,2%
2014 *)	27.900 - 4,9%	4.200 - 8,5%	18.200 - 4,8%	5.500 - 2,3%

*) von Creditreform geschätzt

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Summe der Insolvenzscha- den gesunken

Die Schadenssumme für die Insolvenzgläubiger ist auf 26,1 Mrd. Euro leicht zurückgegangen (Vorjahr: 26,9 Mrd. Euro). Das entspricht einem Minus von 3,0 Prozent. Die Schäden für die privaten Gläubiger belaufen sich je Insolvenzfall auf durchschnittlich 790.000 Euro (Vorjahr: 724.000 Euro).

Beachtet werden muss, dass teilweise Forderungen mehrmals oder von mehreren Gläubigern angemeldet werden. So sind – auch aus Gründen der Aktualität – Doppelerfassungen ebenso möglich, wie eine Untererfassung, wenn Gläubiger ihre Forderungen nicht oder nicht fristgerecht bei den Gerichten anmelden. Gegebenenfalls wird die Forderungshöhe geschätzt. Gesicherte Forderungen (Absonderungsrechte) lassen sich u. U. nicht vollständig als Forderungsausfall/-verlust betrachten, so dass ein Korrekturverfahren nötig ist.

Tab. 4: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
2005	26,7	725.000	10,8	37,5
2006	22,4	658.000	8,7	31,1
2007	21,2	727.000	8,0	29,2
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009	63,8	1.937.000	15,1	78,9
2010	22,9	714.000	9,2	32,1
2011	15,4	511.000	6,1	21,5
2012	26,2	912.000	12,3	38,5
2013	18,9	724.000	8,0	26,9
2014 *)	18,8	790.000	7,3	26,1

*) von Creditreform geschätzt

Die aktuelle Schadenssumme ist im Vergleich der zurückliegenden zehn Jahre (vgl. Tab. 4) eher niedrig. Der Höchstwert in diesem Zeitabschnitt wurde 2009 mit einem Schadensvolumen von insgesamt 78,9 Mrd. Euro registriert. Im langjährigen Durchschnitt seit Einführung der Insolvenzordnung (InsO) 1999 beträgt das Schadensvolumen 34,8 Mrd. Euro jährlich.

Exkurs: Zur Problematik der Insolvenzanfechtung

Ein weiterer Schaden kann sich aber für ehemalige Gläubiger des insolventen Unternehmens ergeben. Insolvenzverwalter haben nach Paragraph 133 Abs. 1 der Insolvenzordnung grundsätzlich die Möglichkeit, alle Geschäfte ihrer Mandanten anzufechten, für die ein Ratenzahlungsvertrag geschlossen oder das Zahlungsziel anderweitig verlängert wurde. Das heißt: Die Insolvenzverwalter dürfen das bereits geflossene Geld von den Gläubigern zurückfordern. Und das für einen Zeitraum von zehn Jahren.

Der Gesetzgeber zielte mit der Regelung darauf ab, Betrügereien von wirtschaftlich angeschlagenen Unternehmen zu verhindern. Ihnen sollte die Möglichkeit genommen werden, kurz vor der Insolvenz noch vorhandenes Geld aus ihrem Betrieb zu ziehen. Außerdem wollte man verhindern, dass sich Gläubiger ihre Forderungen noch vor Eröffnung des Konkursverfah-

Raten schon Ruin?

rens in vollem Umfang an den anderen Gläubigern vorbei bezahlen lassen. Insolvenzverwalter haben die Insolvenzanfechtung als probates Mittel entdeckt, um ihre Forderungen zügig einzutreiben. Darunter haben zum Beispiel Baustoffhändler zu leiden. Sie sind meist darauf angewiesen, Bauunternehmen in der kalten Jahreszeit Forderungen längerfristig zu kreditieren. Probleme können auch Brauereien und Lebensmittellieferanten bekommen, die ihren wirtschaftlich angeschlagenen Gastronomen durch Ratenzahlungen oder verlängerten Zahlungszielen wieder auf die Beine helfen wollen. Sie riskieren es, durch die Rückzahlung erhaltener Geldbeträge erheblich belastet oder sogar in den wirtschaftlichen Ruin getrieben zu werden. Das betrifft in größerem Umfang Unternehmen im Großhandel, im Bausektor, aber auch Leasinggesellschaften. Bei ihnen sind Ratenzahlungen und längere Vertragslaufzeiten der Normalfall. Bei einer Anfechtung geht es dann meist um viele Raten und damit große Summen, die der Insolvenzverwalter einfordert.

Die Anfechtungsvoraussetzungen für Fälle vorsätzlicher Benachteiligung von Gläubigern sind gesetzlich nicht hinreichend konkretisiert. In der täglichen Praxis werten die Gerichte das Bestehen von Ratenzahlungs-, Stundungs- und Verzichtserklärungen häufig bereits als Grund für eine Anfechtung. Dabei ist das Ziel von Kreditierungen und Ratenzahlungen in erster Linie, die Liquidität des Schuldners zu sichern und nicht, andere Gläubiger zu benachteiligen.

Sicherheit schaffen

Der Paragraph 133 Abs. 1 der Insolvenzordnung muss dringend überarbeitet werden. Gerade im Bereich der sogenannten Vorsatzanfechtung gibt es in der aktuellen Fassung erhebliche Missstände. Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, dass die Vorschrift, die sich gegen vorsätzliche Benachteiligungen von Gläubigern richtet, jegliche Konturen verloren hat.

Es gilt zum einen, die Kriterien für eine Vorsatzanfechtung klarer und detaillierter zu formulieren. Zum anderen sollte die derzeitige Anfechtungsfrist von zehn Jahren im Rahmen einer Neufassung des Paragra-

phen deutlich reduziert werden. Gesetzgeberisches Ziel muss es sein, nur solche in Schädigungsabsicht vorgenommene Rechtshandlungen der Anfechtung zu unterwerfen, die eine kriminelle Tendenz aufweisen.

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

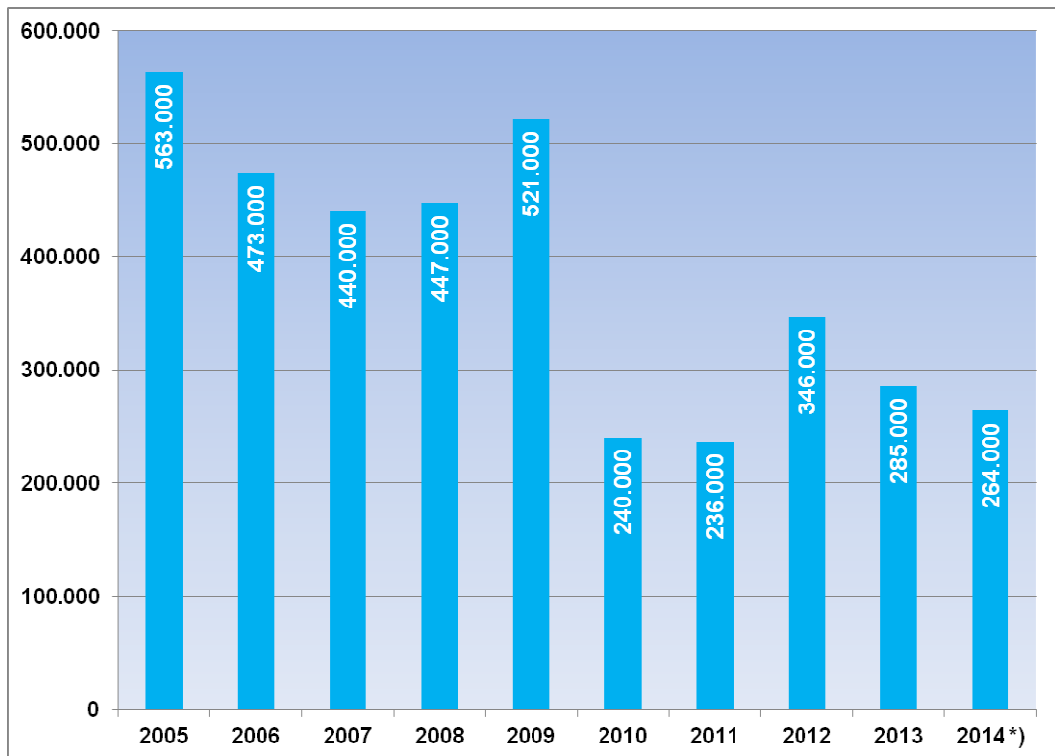
Auch 2014 waren von der Insolvenz des Arbeitgebers wieder zahlreiche Beschäftigte betroffen. Die Gesamtzahl lag mit 264.000 aber unter dem Vorjahreswert (285.000; - 7,4 Prozent). Die geringere Anzahl an größeren Firmeninsolvenzen gab hierfür den Ausschlag. Die Bundesagentur für Arbeit, die im Falle einer Insolvenz die Lohnfortzahlung für die Arbeitnehmer für drei Monate übernimmt (Insolvenzgeld), weist in ihren aktuellen Daten ebenfalls einen Rückgang der gestellten Anträge aus.

Bei der Bewertung muss jedoch berücksichtigt werden, dass vielfach schon im Vorfeld der Insolvenz Stellen abgebaut wurden und auch bei Lieferanten und Geschäftspartnern infolge der Insolvenz Arbeitsplätze in Gefahr geraten sind. Dieser Effekt lässt sich schwierig beziffern und wird geschätzt, dürfte aber weitgehend parallel mit dem insolvenzbedingten Arbeitsplatzabbau verlaufen sein.

Ein Teil der betroffenen Arbeitnehmer dürfte in Nachfolge- oder Auffanggesellschaften zunächst weiterbeschäftigt werden. Auch zielen die jüngsten Novellierungen im deutschen Insolvenzrecht für Unternehmen (Stichwort: ESUG) gerade darauf, Unternehmen fortzuführen und damit Arbeitsplätze zu erhalten.

*Gut eine Viertelmillion
Arbeitnehmer bangen um
ihren Job*

Abb. 1: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland



*) von Creditreform geschätzt

In der Rückschau lassen sich vor allem in den Jahren 2009 (521.000) und auch 2005 (563.000) sehr hohe Zahlen an gefährdeten Arbeitsplätzen feststellen. Dagegen waren 2010 (240.000) und 2011 (236.000) deutlich weniger Arbeitnehmer von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffen.

1.4 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Viele Unternehmensinsolvenzen betrafen auch 2014 eher junge Unternehmen, bei denen die Marktposition noch nicht gefestigt war und denen der Aufbau von finanziellen Rücklagen noch nicht ausreichend gelang. In 28,4 Prozent der Fälle (Vorjahr: 29,8 Prozent) lag die Unternehmensgründung keine fünf Jahre zurück. Der Anteil junger Unternehmen am Insolvenzgeschehen hat sich aber verringert.

Tab. 5: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2014

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	2.880 (3.470)	12,1 (13,3)	- 17,0
3 bis 4 Jahre	3.880 (4.310)	16,3 (16,5)	- 10,0
5 bis 6 Jahre	3.070 (3.080)	12,9 (11,8)	- 0,3
7 bis 8 Jahre	2.420 (2.720)	10,2 (10,4)	- 11,0
9 bis 10 Jahre	2.090 (2.330)	8,8 (8,9)	- 10,3
11 bis 12 Jahre	1.590 (1.620)	6,7 (6,2)	- 1,9
13 bis 14 Jahre	1.350 (1.380)	5,7 (5,3)	- 2,2
15 bis 16 Jahre	1.170 (1.200)	4,9 (4,6)	- 2,5
17 bis 18 Jahre	980 (1.040)	4,1 (4,0)	- 5,8
19 bis 20 Jahre	760 (840)	3,2 (3,2)	- 9,5
über 20 Jahre	3.610 (4.130)	15,2 (15,8)	- 12,6

() = Vorjahresangaben

Die geringere Betroffenheit gerade der Neugründungen beweist, dass die Entscheidung zur Unternehmensgründung anders als in den Vorjahren mittlerweile stärker von der Chance als aus der Not getroffen wird. Demnach waren die Gründer der zurückliegenden zwei Jahre offensichtlich wesentlich vorbereiteter und auch kapitalstärker. Auch weil die allgemeine Wirtschaftslage gut war und zahlreiche Optionen beispielsweise in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis auf dem Arbeitsmarkt bestanden, galt bei Gründungen offensichtlich: Klasse vor Masse.

Junge Unternehmen stabiler geworden

Vergleichsweise selten sind dagegen Insolvenzen von älteren, etablierten Unternehmen. Gleichwohl wiesen immerhin 15,2 Prozent aller insolventen Unternehmen des Jahres 2014 bereits ein Alter von über 20 Jahren auf. In dieser Altersklasse war aber ein überdurchschnittlicher Rückgang der absoluten Zahl der Fälle zu verzeichnen (- 12,6 Prozent), der nur vom Rückgang in der Altersklasse der bis 2-jährigen Unternehmen (- 17,0 Prozent) übertroffen wurde.

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Beschäftigtenzahl

■	Deutschland
1 – 5 Personen	80,9 (79,5)
6 – 10 Personen	8,5 (8,9)
11 – 20 Personen	5,5 (5,9)
21 – 50 Personen	3,5 (3,6)
51 – 100 Personen	1,0 (1,3)
> 100 Personen	0,7 (0,9)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Kleinstunternehmen vom Aufschwung abgehängt?

Das Insolvenzgeschehen 2014 war meist geprägt von Kleinstinsolvenzen, also Unternehmen, in denen höchstens fünf Mitarbeiter tätig waren. 80,9 Prozent aller Insolvenzen entfallen auf solche kleinen Unternehmungen. Dieser Anteil liegt über dem Vorjahreswert (79,5 Prozent). Die stärkere Betroffenheit der kleinsten Unternehmensgrößenklasse macht deutlich, dass bei insgesamt rückläufigen Insolvenzzahlen mittlere und größere Unternehmen stärker von guten konjunkturellen und finanziellen Rahmenbedingungen profitieren. Dagegen sind die Voraussetzungen für den längerfristigen wirtschaftlichen Erfolg von Kleinstunternehmen offensichtlich insgesamt schlechter und deren Anfälligkeit höher. Diese Feststellung passt zu den oben erwähnten Entwicklungen, wonach eine frühere unternehmerische Selbstständigkeit häufiger als zuletzt in einer Insolvenz mündete. Größere Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern machten 2014 lediglich 0,7 Prozent (Vorjahr: 0,9 Prozent) aller Unternehmensinsolvenzen aus.

2014: weniger als 100 Großinsolvenzen

Ein grundsätzlich ähnliches Bild zeigt der Blick auf die Umsatzgrößenklassen insolventer Unternehmen. Auch hier waren größere Unternehmen eine Seltenheit. Lediglich 90 Fälle von Unternehmen mit Umsätzen jenseits von 50 Mio. Euro waren zu verzeichnen (Vorjahr: 130 Unternehmen; - 30,8 Prozent). Dagegen rutschten mehrheitlich Unternehmen mit geringen Umsätzen in eine Insolvenz: In 6.430 Fällen lag der letzte Umsatz unter 100.000 Euro, in weiteren 5.280 Fällen unter einer Viertelmillion Euro. In keiner Umsatzgrößenklasse gab es aber mehr Insolvenzen als im Vorjahr. Ein

deutlicher prozentualer Rückgang war in der Umsatzklasse von 5,0 bis 25,0 Mio. Euro zu verzeichnen (-25,2 Prozent). Dieser typische Mittelstand profitierte offensichtlich überdurchschnittlich von der guten konjunkturelle Lage der letzten zwölf Monate.

Tab. 7: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2014 *) für Deutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	6.430 (6.630)	27,0 (25,4)	- 3,0
> 0,1 – 0,25	5.280 (5.920)	22,2 (22,7)	- 10,8
> 0,25 – 0,5	3.900 (4.120)	16,4 (15,8)	- 5,3
> 0,5 – 5,0	7.000 (7.880)	29,4 (30,2)	- 11,2
> 5,0 – 25,0	980 (1.310)	4,1 (5,0)	- 25,2
> 25,0 – 50,0	120 (130)	0,5 (0,5)	- 7,7
> 50,0	90 (130)	0,4 (0,5)	- 30,8

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben

1.5 Insolvenzen nach Rechtsformen

Gestiegen ist der Anteil des Kleingewerbes am gesamten Insolvenzgeschehen. Knapp die Hälfte aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (48,3 Prozent) entfallen mittlerweile auf diese Rechtsform (Vorjahr: 47,8 Prozent). Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem erhöhten Anteil an Kleinstbetrieben am Insolvenzgeschehen (vgl. Tab. 6). Gestiegen ist auch der Anteil der Freien Berufe; von 2,7 auf 3,0 Prozent. Dagegen kam es zu einem leichten Rückgang bei Kapitalgesellschaften (GmbH: von 38,8 auf 38,4 Prozent). Im längerfristigen Trend ist der Anteil der GmbH aber gestiegen.

Tab. 8: Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen 2014

■	Deutschland
freie Berufe	3,0 (2,7)
Kleingewerbetreibende	48,3 (47,8)
BGB-Gesellschaft	0,8 (0,8)
Einzelfirma	3,3 (3,2)
OHG	0,2 (0,2)
KG	0,4 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,3 (4,5)
GmbH	38,4 (38,8)
AG	0,6 (0,7)
eG	0,1 (0,1)
e.V.	0,7 (0,8)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

1.6 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

In allen vier Wirtschaftsbereichen war das Insolvenzgeschehen rückläufig. Am stärksten sanken die Insolvenzzahlen im Verarbeitenden Gewerbe, nämlich um 18,9 Prozent. In diesem Wirtschaftsbereich waren somit noch 1.760 Insolvenzen zu verzeichnen (Vorjahr: 2.170). Nur unterdurchschnittlich fiel das Minus dagegen im Baugewerbe aus (- 5,7 Prozent). 3.450 Bauunternehmen mussten 2014 Insolvenz anmelden – im Vorjahr waren es 3.660. In der Entwicklung im Baugewerbe offenbarten sich die weiterhin zu geringen Eigenkapitalquoten vieler Bauunternehmen, auch wenn die Wirtschaftslage im Bausektor seit geraumer Zeit gut ist. Dem Verarbeitenden Gewerbe als Herzstück des Industriestandortes Deutschland hat der rasante Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre dagegen gut getan. Hier sind auch die Hausaufgaben offenbar richtig gemacht worden.

Trotz eines prozentualen Rückgangs (- 8,2 Prozent) hat das Dienstleistungsgewerbe wie das Baugewerbe seinen Anteil am gesamten Insolvenzgeschehen ausgebaut (von 56,7 auf 57,1 Prozent).

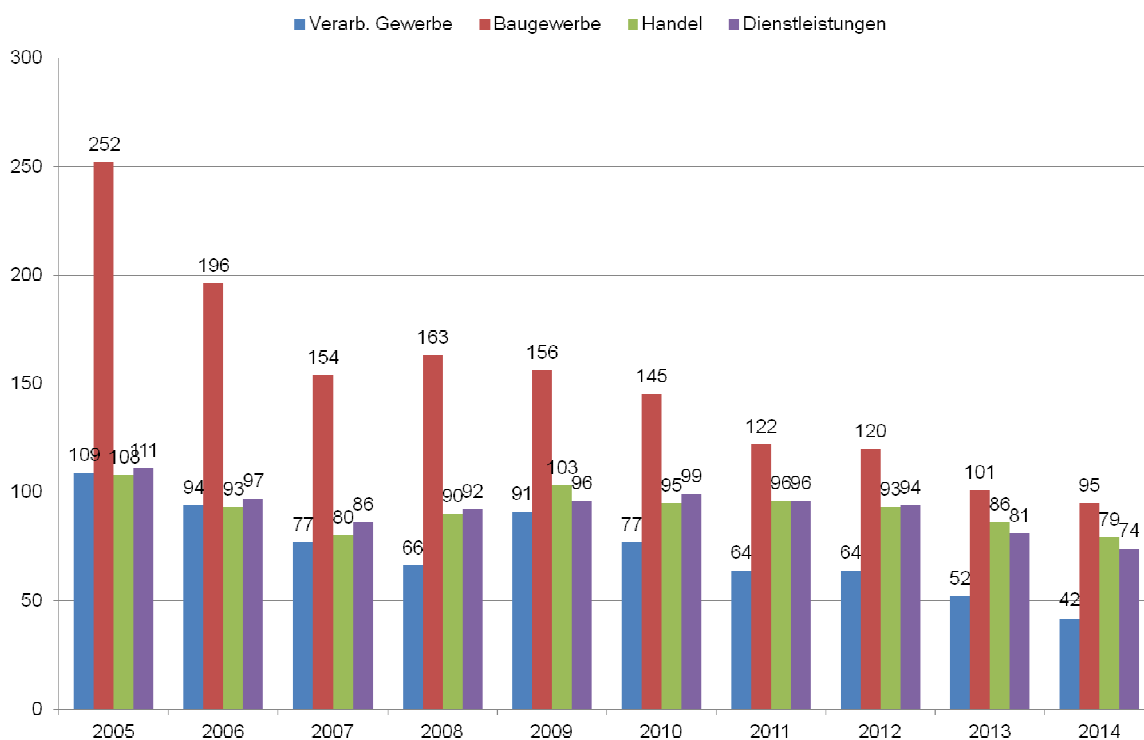
Deutliche Entspannung im Verarbeitenden Gewerbe

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2014 *)

	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gewerbe	1.760 (2.170)	7,4 (8,3)	- 18,9
Bau	3.450 (3.660)	14,5 (14,0)	- 5,7
Handel	5.000 (5.480)	21,0 (21,0)	- 8,8
Dienstleistungen	13.590 (14.810)	57,1 (56,7)	- 8,2

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Abb. 2: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland *)



*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

Die Insolvenzquoten sind im Zuge der gesunkenen Zahl an Insolvenzen ebenfalls zurückgegangen; gesamtwirtschaftlich binnen eines Jahres von 80 auf 73 Insolvenzen je 10.000 Bestandsunternehmen. Überdurchschnittlich hoch blieb die Insolvenzquote im Baugewerbe. Je 10.000 Unternehmen in diesem Wirtschaftssektor waren 95 Insolvenzen zu verzeichnen. Im Vorjahr waren es allerdings noch 101. Weiter und auch deutlich gesunken ist die Insolvenzquote im Ver-

Positiver Trend bei Insolvenzquoten – Handel hinkt hinterher

arbeitenden Gewerbe; von 52 im Jahr 2013 auf aktuell 42.

Die Entspannung im Insolvenzgeschehen in Deutschland lässt sich in der längerfristigen Entwicklung der Insolvenzquoten gut ablesen (vgl. Abb. 2). So verringerte sich die Insolvenzanfälligkeit im Verarbeitenden Gewerbe erheblich; beispielsweise gegenüber 2009 (Insolvenzquote: 91) um die Hälfte. Markant waren die Verbesserungen in diesem Zeitraum auch im Baugewerbe. Im Handel liegt der aktuelle Wert (Insolvenzquote: 79) trotz einer Positiventwicklung nur auf dem Niveau von 2007 (80), während die übrigen Wirtschaftsbereiche seitdem deutlich stabiler geworden sind.

Tab. 10: Risikobehaftete Branchen („Top Ten“)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Abbrucharbeiten	617
Videotheken	581
Diskotheken und Tanzlokale	511
private Wach- und Sicherheitsdienste	504
Schankwirtschaften	496
Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchsgütern	490
Umzugstransporte	488
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	466
Imbissstuben u. Ä.	463
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	455

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mindestens 1.000 Betrieben.

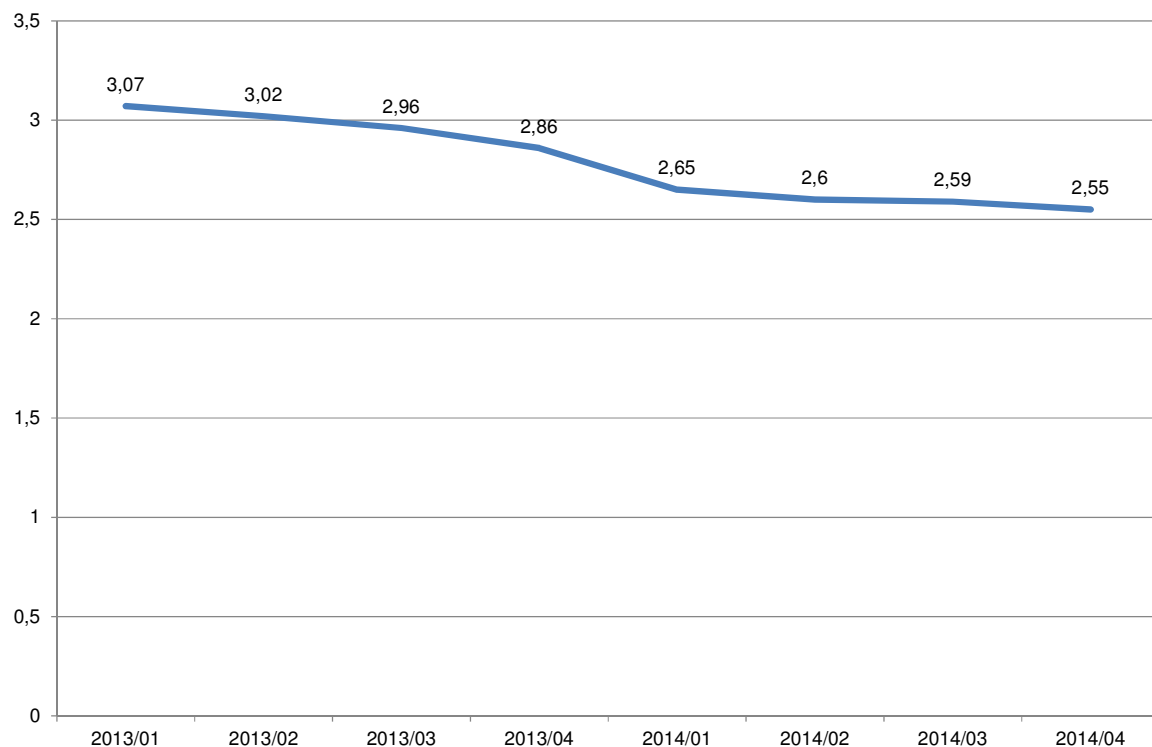
Stark risikobehaftet sind vor allem Branchen aus dem Dienstleistungssektor. So kommen bei Videotheken deutschlandweit auf 10.000 Bestandsunternehmen 581 Insolvenzen. Bei Diskotheken liegt die Quote mit 511 kaum geringer.

Entsprechend der positiven Insolvenzentwicklung in diesem Jahr verringerte sich auch die Zahl der bonitätsschwachen Unternehmen, die als ausfallgefährdet gelten, wie eine Auswertung der Creditreform Daten-

bank zeigt. Der Anteil der gefährdeten Unternehmen am gesamten Unternehmensbestand sank von 3,07 Prozent Anfang 2013 auf 2,55 Prozent Ende 2014 (- 0,52 Prozentpunkte). Gefährdet sind Unternehmen, die eine Bewertung (Bonitätsindex) von 350 bis 499 erhalten. Überdurchschnittlich deutlich verringerte sich die Quote in diesem 24-Monats-Zeitraum bei Post-, Kurier- und Expressdiensten (- 1,08 Prozentpunkte). In dieser Branche gibt es aber mit 4,28 Prozent weiterhin einen hohen Anteil an Schieflagen. Eine markante Abnahme der Ausfallgefährdung verzeichneten zudem das Speditionsgewerbe, der Hochbau und die Möbelindustrie. Lediglich in sechs Branchen (WZ-2-Steller) gab es gegen den Trend einen höheren Anteil bonitätsschwacher Unternehmen, darunter die Getränkeindustrie, die Luftfahrtbranche und die Textilindustrie.

Gefährdung nimmt ab

Abb. 3: Anteil bonitätsschwacher Unternehmen 2013/14 *)



Angaben in Prozent

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

1.7 Großinsolvenzen

Trotz insgesamt positiver Entwicklungen im Insolvenzgeschehen waren auch 2014 wieder einige Großinsolvenzen zu verzeichnen, die sowohl in den Medien als auch bei Mitarbeitern und Kreditgebern hohe Aufmerksamkeit brachten.

Mit 6.800 betroffenen Mitarbeitern die größte Einzelinsolvenz des Jahres betraf die **Verlagsgruppe Weltbild** aus Augsburg. Der 1948 gegründete kirchliche Verlag mit rund 400 Filialen musste im Januar Insolvenz anmelden. Der Sanierungsbedarf war zuletzt zu hoch, so dass die Bistümer als Gesellschafter die Reißleine ziehen mussten. Offenbar war auch die Übermacht des Internets zu groß. Mittlerweile ist der Verlag an einen Investor verkauft, die Gläubiger behalten allerdings noch einen Minderheitsanteil. Knapp 1.000 Stellen wurden im Zuge der Umstrukturierungen schon gestrichen.

Ebenfalls pleite ist der Kunststofftechnik-Spezialist und Automobilzulieferer **Scherer & Trier GmbH & Co. KG** aus Michelau im Oberfränkischen. Rund 2.100 Beschäftigte sind betroffen. Ein Arbeitsplatzabbau soll vorerst vermieden werden, sagte der zuständige Insolvenzverwalter. Auslastung und Auftragslage seien gut.

Für den Druck- und Mediendienstleister **Stark Holding GmbH** mit Hauptsitz Bremen sowie die Tochterfirma **Stark Personaldienstleistungen GmbH & Co. KG** war 2014 kein gutes Jahr. Seit dem Sommer läuft das Insolvenzverfahren für die beiden Gesellschaften, die bundesweit zusammen rund 1.100 Beschäftigte haben. Ein Verkauf der Unternehmen als Ganze scheiterte. Ein Großteil der Belegschaft konnte aber zu neuen Arbeitgebern gewechselt. Hintergrund der Insolvenz war eine Liquiditätskrise. Auch andere Unternehmen der Holding wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Tab. 11: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2014

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Verlagsgruppe Weltbild, Augsburg	Herausgabe und Verlag von Zeitschriften, Büchern, Broschüren und anderen Druckerzeugnissen, von Tonträgern, Videos und anderen Medien; Handel mit eigenen und fremden Verlagserzeugnissen, mit Ton- und Bildträgern und weiteren Artikeln	6.800
	Kunststoff-Technik Scherer & Trier GmbH & Co. KG, Michelau	Herstellung von Spritzgussartikeln und Kunststoffprofilen im Extrusionsverfahren.	2.100
	Strauss Innovation GmbH & Co., Langenfeld	Einzelhandel mit Textilien, Süßwaren, Wein und Wohnaccessoires	1.400
	Stark Holding GmbH, Bremen	Consulting und die sich daraus ergebenden physischen Leistungen; Die Dienstleistung beinhaltet die Analyse und das Reengineering von Unternehmen aller Art. Für Produktions- und Betriebsstrukturen werden Lean-Management-Konzepte erstellt einschließlich Outsourcing. Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Handel mit und die Installation und Betreuung von Sicherheitsanlagen und Kommunikationstechniken sowie deren Im- und Export einschließlich der Übernahme von Werkschutzaufgaben aller Art. Ferner die Beratung, Planung, Konzeption und Durchführung von Maßnahmen im Bereich des Telefonmarketings sowie Aufbau, Betrieb, Nutzung und Pflege von Datenbanken für Leistungen jeglicher Art im Bereich des Direktmarketings. Der Personaleinsatz erfolgt auch im Wege der Arbeitnehmerüberlassung. Weiterhin die Übernahme von Beteiligungen aller Art.	1.100
	„De Mäkelbörger“ Backwaren Abwicklungsgesellschaft mbH, Neubrandenburg	Herstellung, Vertrieb, Groß- und Einzelhandel mit Back- und Konditoreiwaren und Lebensmitteln, der Betrieb von Gastronomiebetrieben sowie der Erwerb und das Verwalten von Immobilien; Gesellschaft kann Beteiligungsunternehmen unter einheitlicher Leitung zusammenfassen und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligungen beschränken. Die Gesellschaft ist berechtigt, ihren Betrieb ganz oder teilweise in Beteiligungsunternehmen auszugliedern.	1.100
	TimeLOG GmbH & Co. KG, Bochum	Planung und Durchführung von logistischen und produkttechnischen Prozessen in Handel und Industrie sowohl als Inhouse-Lösung bei Kunden als auch vollständig physisch in eigenbewirtschafteten Liegenschaften	700
	RENA GmbH, Gütenbach	Planung, Konstruktion, Fertigung, Vertrieb, Montage und Wartung von Sondermaschinen, Geräten, Apparaten und Anlagen für die Halbleiter-Solarbranche sowie Mikrotechnologie (u. a. kundenspezifische Lösungen und Standardanlagen für Nasschemieprozesse unter Reinraumbedingungen)	677
	Mitteldeutsche Fahrradwerke AG, Sangerhausen	Herstellung und Vertrieb von Fahrrädern und technischen Produkten sowie Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte	650
	Prokon Regenerative Energien GmbH, Itzehoe	Planung, Errichtung, Erwerb, Betrieb und Verwaltung von nachhaltigen Projekten – zur Produktion/Erzeugung und/oder Nutzung regenerativer/alternativer Energieträger, insbesondere von Windparks	550
	Metz-Werke GmbH & Co. KG, Zirndorf	Gegenstand ist die Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik sowie sonstiger Geräte. Gegenstand ist auch die Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Produkten der Holz- und Kunststofftechnik aller Art.	540

Quelle: Creditreform Datenbank

Auch im Bereich Mode gab es eine größere Insolvenz: **Strauss Innovation GmbH & Co. KG**. Das Traditionsunternehmen aus Langenfeld bei Düsseldorf betreibt deutschlandweit knapp 100 Geschäfte und hat rund 1.400 Mitarbeiter. Mittlerweile ist ein Investor gefunden, der einen Großteil der Filialen übernehmen und Kapital für Investitionen und Wachstum bereitstellen will.

Die **Bäckereigruppe „De Mäkelbörger“** aus Neubrandenburg geriet in diesem Jahr ebenfalls in die Krise. Das Unternehmen, das stark in Nordostdeutschland vertreten war, schlüpfte im April in ein Schutzschirmverfahren, dem sich ein Insolvenzverfahren anschloss, da der Insolvenzplan letztlich scheiterte. Mittlerweile ist der Verkauf gelungen. Fast alle der rund 1.100 Arbeitsplätze sollen nach Angaben eines Unternehmenssprechers erhalten bleiben. Allerdings bleibt der Wettbewerb im umkämpften Backdiscountbereich groß.

Die **TimeLOG GmbH & Co. KG** aus Bochum ist in diesem Jahr ebenfalls in die Insolvenz gerutscht. 700 Mitarbeiter sind bei dem Personaldienstleister betroffen.

Ein Insolvenzverfahren wurde auch für den Maschinenbauer **RENA GmbH** eröffnet. Das Unternehmen aus dem Schwarzwald will in Eigenverwaltung den Turnaround nach der Krise schaffen. RENA bietet Produktionsmaschinen für Solar- und Medizintechnik und beschäftigte zuletzt 677 Mitarbeiter. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, das Unternehmen fortführen zu können. Allerdings bangen die Gläubiger zweier Anleihen des Mittelständlers um ihr Kapital.

Im September kam das Aus für den Fahrradhersteller **MIFA** (Mitteldeutsche Fahrradwerke AG) aus Sangerhausen in Sachsen-Anhalt, der aktuell rund 650 Beschäftigte hat, nachdem Gespräche über den Einstieg eines Investors gescheitert waren. Das Insolvenzverfahren will der absatzstärkste deutsche Fahrradhersteller in Eigenregie durchlaufen. Derzeit geht der Geschäftsbetrieb weiter, während ein finanzkräftiger Käu-

fer gesucht wird. Überregional bekannt wurde das Unternehmen auch durch seinen Großaktionär Carsten Maschmeyer.

Einen Insolvenzantrag stellen musste auch der deutsche TV-Geräte-Hersteller **Metz-Werke GmbH & Co. KG** aus dem fränkischen Zirndorf. Der Marktdruck seitens der übermächtigen asiatischen Konkurrenz sowie die allgemeinen Strukturprobleme der Branche brachten den Hersteller hochwertiger Unterhaltungselektronik schließlich zu Fall. Auch war der Investitionsaufwand zuletzt hoch. Betroffen von der Pleite sind 540 Mitarbeiter. Zunächst geht der Geschäftsbetrieb mit einem Insolvenzverwalter weiter. Nach Loewe im Vorjahr ist Metz nun der zweite namhafte Traditionsproduzent aus Deutschland, der ins Schlingern geriet.

Im Januar musste der Windpark-Finanzierer **Prokon Regenerative Energien GmbH** aus Itzehoe Insolvenz anmelden. Diese Krise zeichnete sich ab: Anleger wurden nervös und hatten massenhaft ihre Genussschein-Anteile verkauft. Das zog Liquidität ab und brachte die Firma letztlich zu Fall. Mittlerweile regierte der Insolvenzverwalter, der das Unternehmen im Verlaufe des kommenden Jahres saniert aus dem Insolvenzverfahren entlassen will. Die 75.000 Anleger und weitere Gläubiger des Unternehmens müssen allerdings wohl Millionenbeträge abschreiben, Arbeitsplätze werden wegfallen.

Die Krise der Solarbranche hat auch den Hersteller von Modulen und Wechselrichtern, die **Sunways AG** aus Konstanz, in die Pleite getrieben. 265 Mitarbeiter sind betroffen, jeder Zweite musste gehen.

Weitere überregional bekannte Insolvenzfälle in diesem Jahr waren u. a. der Düsseldorfer Lebensmittelhersteller **Zamek GmbH**, der wegen drohender Zahlungsunfähigkeit im Februar Insolvenz anmelden musste (der aber aktuell wohl einen Investor gefunden hat), die Betreibergesellschaft des **Flughafens Zweibrücken** in Rheinland-Pfalz, wo zuletzt knapp 250 Mitarbeiter beschäftigt waren, **Strenesse AG**, ein renommiertes bayrisches Unternehmen aus der Mode-

branche mit 350 Mitarbeitern sowie die „Abendzeitung GmbH & Co. KG“, die die **Münchner Abendzeitung (AZ)** herausgibt.

■ 2 Zusammenfassung

Die Insolvenzentwicklung war 2014 einmal mehr geprägt von der guten Wirtschafts- und Konjunkturlage der letzten Jahre. Auf breiter Front verringerten sich die Insolvenzzahlen. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein Rückgang von 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Bei den Verbraucherinsolvenzen betrug das Minus immerhin 4,9 Prozent.

Mit insgesamt 23.800 Fällen sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Auch die Verbraucher in Deutschland profitierten offenbar von den günstigen Rahmenbedingungen. 2014 summierte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen auf 86.900. Zuletzt war 2005 eine geringere Zahl registriert worden. Die Reform des Verbraucherinsolvenzrechts, die unter bestimmten Bedingungen eine schnellere Restschuldbefreiung ermöglicht, blieb bislang ohne nennenswerte Auswirkungen auf das Insolvenzgeschehen.

Mehr Fälle als im Vorjahr (24.600; + 2,0 Prozent) gab es lediglich bei den sonstigen Insolvenzen, was hauptsächlich auf Insolvenzen ehemals Selbstständiger zurückzuführen war und auf Westdeutschland beschränkt blieb. Immer mehr dieser Fälle werden durch ein vereinfachtes Verfahren analog einer Verbraucherinsolvenz abgewickelt.

Die voraussichtlichen Schäden für die Insolvenzgläubiger summierten sich 2014 auf schätzungsweise 26,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 26,9 Mrd. Euro). Das liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnittswert. Auch die Arbeitsplatzverluste verringerten sich, da es weniger Großinsolvenzen gab. Insgesamt waren 264.000 Arbeitnehmer betroffen (Vorjahr: 285.000).

Auf junge Unternehmen (bis zu vier Jahre alt) entfielen 28,4 Prozent der Insolvenzen. Das war ein geringerer

Anteil als im Vorjahr und zeigt, dass Unternehmensgründungen in den zurückliegenden Jahren offenbar stabiler geworden sind.

Auch 2014 war das Insolvenzgeschehen geprägt von kleinen Unternehmen. In etwa acht von zehn Fällen (80,9 Prozent) waren Unternehmen betroffen, in denen maximal fünf Beschäftigte tätig waren. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so dass davon auszugehen ist, dass Kleinstunternehmungen von der guten Wirtschaftslage der letzten Zeit weniger stark profitieren konnten. Lediglich 90 Unternehmensinsolvenzen wurden registriert, bei denen der Jahresumsatz über 50 Mio. Euro lag. Die größte Einzelinsolvenz des Jahres betraf die Verlagsgruppe Weltbild mit rund 6.800 Beschäftigten.

Ein deutlicher Rückgang der Insolvenzzahlen war im Verarbeitenden Gewerbe festzustellen. Die Zahl der betroffenen Unternehmen sank gegenüber dem Vorjahr von 2.170 auf 1.760 (- 18,9 Prozent). Im Baugewerbe betrug das Minus lediglich 5,7 Prozent. Der Großteil der Unternehmensinsolvenzen (57,1 Prozent) entfiel einmal mehr auf das Dienstleistungsgewerbe.

Die Insolvenzquoten (Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) waren in allen vier Hauptwirtschaftsbereichen rückläufig. Gesamtwirtschaftlich waren 73 Unternehmenspleiten je 10.000 Bestandsunternehmen festzustellen (Vorjahr: 80). Auch in der längerfristigen Entwicklung sind die Insolvenzquoten deutlich zurückgegangen und dokumentieren so die sichtliche Entspannung im deutschen Insolvenzgeschehen. So halbierte sich die Insolvenzquote beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 2009 von 91 auf 42. Allein im Handel fiel die Positiventwicklung verhaltener aus.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de
Internet: www.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2014, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

10. Dezember 2014

